

## Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von *Bündnis 90 / DIE GRÜNEN* im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, vom 14. März 2001

### Es gilt das gesprochene Wort!

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

zuallererst: Dank an die Kämmerei, stellvertretend an Herrn Lerche und Herrn Eiden, die unsere Fragen zum Kreishaushalt schnell und kompetent zugleich - und das in der Karnevalszeit - beantwortet haben.

Die Fraktionen haben eine Redezeit von ca. 20 Minuten vereinbart.

Für meine Fraktion beschränke ich mich deshalb auf die aus unserer Sicht zentralen Aspekte der Kreispolitik. Andere Politikbereiche werden dadurch jedoch nicht weniger bedeutend – z.B. die Sportpolitik.

Die Umsetzung derselben ist gut. Wir haben eine funktionierende Sportverwaltung und einen regen Kreissportbund. Der Ausschussvorsitzende kümmert sich um viele Detailfragen. Dennoch: Sportpolitik findet außerhalb des Ausschusses statt: Sie wird vom Landrat gemacht. Durch gesetzte Zeitungsinterviews, sei es zum Mehrtüren-Modell, sei es zum Verhältnis Breiten-, Leistungs- und Spitzensport oder erst kürzlich zum Thema Olympia.

Unser Ansinnen im Sport-Ausschuss, eine Grundsatzdebatte zum Thema „Sport im Kreis Neuss“ unter Einbeziehung des Landrates zu verabreden, wurde von der CDU-Fraktion brüsk abgelehnt. Allein die Tatsache, dass ein Grüner eine Grundsatz-Diskussion einfordert, wird schon als Majestätsbeleidigung aufgefasst.

Damit sind wir bei einem zentralen Problem der Kreispolitik:

Die CDU-Fraktion ist dafür verantwortlich, dass die vom Gesetzgeber schlecht austaxierte, aber gewollte Balance von Kreistag und hauptamtlichem Landrat, also von ehrenamtlicher Politik und hoch bezahlter Profession, zur Schiefelage geworden ist.

Keimte noch Anfang 2000 Hoffnung auf, als der Vorsitzende Sahnen ankündigte, die CDU-Kreistagsfraktion wolle politischer werden und die Frage beantworten, welche Visionen möglich seien, so begann mitten im Frühjahr 2000 ein Winterschlaf der Mehrheitsfraktion, der bis heute anhält.

Visionen, Konzeptionen, Problemlösungsansätze - alles Fehlanzeige! Notwendige Diskussionen, etwa für den Bereich Standortmarketing, Wirtschaftsförderung, Kreiswaldkonzept, Ökologisierung der Abfallwirtschaft, Schule für Erziehungshilfe wurden vertagt, verzögert, verhindert.

Dass der hauptamtliche Landrat dieses Vakuum aufzufüllen versucht, ist, auch im Hinblick auf die nächsten Wahlen, legitim.

Seine Politik unter dem Motto „Alles Wirtschaft, alles Event“ fordert jedoch unseren Widerspruch: (Nur) wirtschaftliche Interessen hochzuhalten statt (auch) Ideen der Nachhaltigkeit zu verfolgen, Populismus (wir stehen zu...) statt zukunftsweisende Ideen und Konzepte, die Überhöhung von Standortfaktoren statt Umwelt, Kultur, Sport und Gesundheit als eigenständige Werte zu begreifen, das ist der falsche Ansatz. Wenn der Kreistag nicht aufpasst, nicht tatsächlich politischer wird, dann endet er als Brief- und Event-Agentur des Landrates.

**Seite 2 zur Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, vom 14. März 2001**

Belege? - Bitte sehr!

Was ist daran visionär, wenn auf einer Müllhalde ein überdachter Idiotenhügel mit 100 %iger Schneegarantie gebaut wird, der als Deutschlands zweitgrößter Kühlschrank mehrere Millionen Kilowatt im Jahr verpulvert. Voller Spannung warten wir darauf, wie viele sich bei 30° plus im Sommer die Pudelmütze aufsetzen, um bei 5° minus in der Kunstlichthalle dem Winter zuzuwedeln?

Die CDU hat das Projekt voll und ganz unterstützt und sogar 5 TDM für Schulklassen in den Haushalt eingestellt!

Haben Sie, meine Damen und Herren, sich schon gefragt, welches Freizeit-, Natur- und Umweltverständnis hier vermittelt wird? Kommt jetzt auch noch „deep blue“? Was planen Sie für das Megaevent „Olympia“ im Kreis Neuss? Welche Spuren soll es hinterlassen?

Ähnliche Fragen stellen sich in der Kulturpolitik: ehemalige Raketenstation, Schloss Dyck, Kunstwanderweg - ist das Event, um Manager in den Kreis Neuss zu locken? Oder dienen die Kunstorte für Menschen, die im Kreis Neuss leben, als Naherholungsangebote und Möglichkeiten kreativer Entfaltung?

Dass die CDU den Kunstwanderweg als das zentrale Euroga-Projekt in den Haushaltsberatungen zur Disposition stellte, um mit den eingesparten Mitteln die Internationale Schule zu finanzieren, ist ein starkes Stück., ist Ausdruck der verfehlten Politik, die Prestige und Wirtschaft über alles setzt und identitätsstiftende Maßnahmen für die Kreisgemeinschaft missachtet.

Wenn das zentrale Eurogaprojekt, die sinnfällige Verbindung von Rommerskirchen über Grevenbroicher Gebiet bis hin nach Neuss tatsächlich gefährdet ist, brauchen wir über Standortmarkeing, über Kreisidentität und Kreisgemeinschaft nicht mehr zu diskutieren.

Die Kreistagsfraktion von *Bündnis 90 / DIE GRÜNEN* war trotz Bedenken - damals lag nur eine Projektidee vor - bereit, für die Gründung einer Internationalen Schule 20 TDM Startkapital, Stichwort Wirtschaftsförderung, zur Verfügung zu stellen. Wenn nun aber 1,5 Millionen DM für den vorliegenden Projektentwurf bereitgestellt werden sollen, sehend, wie diese I-Schule mit der heißen Nadel gestrickt worden ist und wie viele ungeklärte Fragen noch offen sind, wenn wir uns erinnern, wie lange die Einrichtung der E-Schule gedauert hat und wenn wir dann noch hinterfragen, was die I-Schule denn außer als Abschreibungsgesellschaft tatsächlich zur Wirtschaftsförderung beiträgt und welche schulpolitischen Innovationen den Kreis und seine Kommunen in den nächsten Jahren nach vorne bringen, dann sind große Zweifel angebracht, ob der Kreis sich auf diesem Gebiet überhaupt engagieren sollte!

Die Kosten-Nutzen-Relation stimmt nicht. Nicht nur, dass die kleinen Kommunen, die diese Schule über die Kreisumlage mitfinanzieren, keinen erkennbaren Nutzen ziehen, auch finanzpolitisch muss sorgfältig abgewogen werden, ob die Investition einer solchen Summe nicht durch eine bessere, eine „rentierlichere“ Zukunftsaufgabe und -ausgabe ersetzt werden muss.

**Seite 3 zur Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, vom 14. März 2001**

Damit sind zwei zentrale Fragen angesprochen:

Wie lassen sich mit den knappen Mitteln zukunftsorientierte, bildungspolitische Innovationen im Kreis Neuss fördern und welche Wirtschaftsförderung bringt den Kreis Neuss voran?

Am 29. November 2000 hat der Landtag mit seiner EntschlieÙung „Schule der Zukunft gestalten - Dialog zum Modellvorhaben NRW Schule 21 vorbereiten“ die Durchführung eines Modellversuchs zur erweiterten Selbstständigkeit von Schulen beschlossen.

Das zuständige Ministerium hat nun ein Modellvorhaben „NRW Schule 21“ vorgelegt. Damit soll den Schulen mehr Eigenständigkeit, Kompetenz und Freiheit und eine neue Balance zwischen staatlicher Gesamtverantwortung und eigenverantwortlichen Entscheidungen der einzelnen Schulen gefunden werden. Darüber hinaus ist beabsichtigt, die schulische Arbeit durch die Bildung regionaler Bildungslandschaften wirksamer zu unterstützen und das Zusammenwirken von Land, Kreisen und Kommunen in den Modellregionen zu optimieren. Nach den Sommerferien wird die Maßnahme ausgeschrieben.

Eine hervorragende Möglichkeit für den Kreis Neuss zusammen mit seinen Kommunen, d.h. auch zusammen mit der Stadt Neuss, sein gutes Potenzial an Berufskollegs, Gymnasien und Gesamtschulen als bildungspolitischer Vorreiter zukunftsweisend einzubringen.

Wie verblasst dagegen die schulpolitische Bedeutung einer Internationalen Schule ohne Anerkennung.

Bleibt das Wirtschaftsförderungsargument - Eingedenk der hohen Summe, ich erwähnte dies bereits, und der fraglichen Zuständigkeit des Kreises: ein schwaches Argument.

Die Frage nach der Zuständigkeit verengt allerdings den Blick auf die gesetzlichen Grundlagen – die hier nur Juristen interessiert; wichtiger ist die Frage nach der inhaltlichen Abgrenzung zwischen der Wirtschaftsförderung des Kreises und der der Kommunen.

Deren Beantwortung würde eine Konzeption, mindestens aber eine Skizze derselben, voraussetzen. Fehlanzeige. Die sogenannte Wirtschaftsförderung des Kreises Neuss ist eine „bunte“ Landschaft und Wildwuchs zugleich.

Was in der Natur Rückzugsräume und Artenvielfalt ermöglicht, erzeugt in der Wirtschaftsförderungspolitik Probleme. Der Kreistagsfraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN liegt das Kritik-Papier der Stadt Neuss vor, deren Kernsätze ich zitiere:

- „Für die Kreiswirtschaftsförderung kann es ... keine allgemeine, sondern nur eine nach Größe und der Leistungsfähigkeit der Gemeinden gestufte Zuständigkeit geben“.
- „Bis jetzt ist der Nachweis der Wirtschaftlichkeit der internationalen Kreisaktivitäten im Sinne einer Kosten-Nutzen Analyse noch nicht erbracht“.
- „Der Kreis hat alle Handlungen zu unterlassen, die in die Aufgabe der Gemeinden fallen und insbesondere die Subsidiarität zu respektieren“.

Das sind klare Worte, das sind wahre Worte, aber nur wahr als halbe Wahrheit.

#### **Seite 4 zur Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, vom 14. März 2001**

Zwar wird im Papier als Fazit ein Vorschlag für die Aufgaben der Wirtschaftsförderung des Kreises unterbreitet, abgestimmte Aufgabenverteilung angeboten, doch wird der Kreis dabei im wesentlichen auf seine Ausgleichsfunktion für kleine Kommunen reduziert.

Wir meinen, dass der Kreis in einem abgestimmten Konzept eigene Aufgaben erfüllen kann, die überörtliche Bedeutung haben.

Hierzu gehören die

- Koordinierung von Gewerbeentwicklungsvorhaben (Stichwort: sinnvolle Verteilung, effizienter Umgang mit Flächen, interkommunale Vorhaben),
- die Zusammenarbeit mit den umliegenden Kreisen für eine innovative Infrastruktur, die das Prinzip Nachhaltigkeit berücksichtigt,
- die aktive Regionalförderung (aktuell auf den Gebieten Landwirtschaft, Arbeitsmarkt und Strukturwandel) und die Qualifizierung von Arbeitskräften.  
(Zwischenfrage: Wo bleibt eigentlich das angekündigte Weiterbildungskonzept?)

Damit würde der Kreis eine Wirtschaftsförderung betreiben, die ihm angemessenen ist.

Statt dessen tummeln sich die Verantwortlichen auf Ereignissen mit Eventcharakter. Gestern Brüssel, heute Kolumbien, morgen China. - Der Landrat fliegt, die Medien berichten. Was ist daran Wirtschaftsförderung? Welche Ziele sind hier definiert? Ist es dabei nicht ziemlich naiv zu glauben, der Kreis müsse international orientierte Unternehmen wie Bayer und 3 M beraten ?

Anders sieht es beim öffentlich-rechtlichen Zwitter Reminex aus.

Was dort geschieht, ist nicht naiv. Das ist ordnungspolitisch bedenklich und im Prinzip nicht gesetzeskonform.

„Reminex hat die Aufgabe, Außenwirtschaftsaktivitäten klein- und mittelständischer Unternehmen aus dieser Region zu fördern“ heißt es auf der Homepage, und weiter „Reminex (erarbeitet) heute individuelle Lösungen für heimische Unternehmen auf dem Weg auf neue Auslandsmärkte. Ebenso bietet Reminex kompetenten Service für ausländische Unternehmen, die am Markteinstieg in Deutschland oder Europa interessiert sind.“

Es ist bekannt, dass die GRÜNEN dafür plädieren, das „-ex“ der Reminex ernst zu nehmen und aus dieser Gesellschaft auszusteigen. Wir beantworten die Frage: „Muss der Kreis eine eigene Unternehmensberatung haben?“ mit einem klaren „Nein!“

Im Kreis Neuss gibt es genügend Unternehmensberater, die Außenwirtschaftsberatung kompetent durchführen. Die mit Firmen in Kontakt zu bringen, ist eine Aufgabe der Wirtschaftsförderung und Mittelstandspolitik zugleich.

Was ist das für eine Konstruktion, in der die Reminex - als Teil der Kammer - Mittel selbst bewilligt, zu 75 % vom Land bezuschusst wird und noch nicht einmal schafft, den 25 %igen Eigenanteil zu erwirtschaften? Die Reminex ist ein Zuschussbetrieb!

**Seite 5 zur Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, vom 14. März 2001**

Da gibt es eine bessere Alternative: Für Außenwirtschaftsförderung zuständig sind: die Botschaften, die Auslandshandelskammer und die Bundesstelle für Außenhandelsinformationen – mit über 200 Mitarbeitern!

Dieses klassische Instrumentarium reicht. Oder würden Sie die Forderung unterstützen, der Landrat solle die Kreispolizei im Rahmen des Bundesgrenzschutzes einsetzen?

Gute Wirtschaftsförderung beschränkt sich auf Kernkompetenzen, vermittelt Programme und holt Gelder.

Also: Nicht Kolumbien mit Kreismitteln finanzieren, sondern Projektmittel „loseisen“. Keine überflüssige Show in Brüssel abziehen, sondern europäische Mittel gezielt und geplant abrufen. Die unbestrittenen Fähigkeiten von Frau Harte und Herr Steinmetz müssen effizienter eingesetzt werden.

Müssten wir eine headline für eine Boulevardzeitung formulieren, sie hieße: „Wirtschaftsförderung in der Sackgasse“ und – ich füge hinzu: „Strukturwandel verschlafen“.

Bereits in den vergangenen Jahren haben wir eine regionale Konferenz zum Strukturwandel gefordert (wir fordern sie erneut) und zu dessen Bewältigung Konzepte vorgelegt, die diesen Namen auch verdienen und den Kriterien „Zukunftsfähigkeit und Nachhaltigkeit“ verpflichtet sind.

Nun ist Garzweiler II bekanntlich genehmigt, doch – wir sagten es voraus – der Strukturwandel geht weiter. Rheinbraun „baut Arbeitsplätze sozialverträglich ab“, im Klartext: macht Menschen arbeitslos.

Was aber macht die CDU und ihr Landrat? Sie schreiben Bittbriefe an Rheinbraun und verlangen, dass der Kreis Fördergebiet wird und, wenn nichts mehr hilft, werden die GRÜNEN als Totengräber der Braunkohle gebrandmarkt.

Wer hat denn den liberalisierten Strommarkt in seiner marktradikalen Variante gefordert, wer hat denn der Kommission ständig in den Ohren gelegen? War es nicht der Turbokapitalist Rexroth, der ehemalige Wirtschaftsminister der CDU/FDP-Regierung?

Wie hieß es noch im Jahr 2000? „RWE darf Politik nicht überrollen“ und „klare Forderungen an RWE AG“. Die kommunale Bank und die Arbeitnehmer müssten zusammengeschweißt werden. Deshalb müsse man auch die RWE-Aktien halten und der Landrat im Aufsichtsrat vertreten sein.

Hat er dort gegen den Arbeitsplatzabbau gestimmt? Hat er dort verhindern können, dass Rheinbraun in der Bilanz-Pressekonferenz der RWE AG überhaupt nicht mehr erwähnt wird? – Wir wissen es nicht, er hat davon nicht berichtet.

Noch im Wahlkampf haben Sie behauptet, der Kreis Neuss sei Dank der CDU wirtschaftlich stark. Jetzt fordern Sie, dass er wie ein Fördergebiet behandelt werden müsse. Auch Dank der CDU? Wollten Sie erst Zustände schaffen, die sie dann bekämpfen können?

**Seite 6 zur Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, vom 14. März 2001**

Man muss sich schon die Mühe machen, die Wirtschafts- und Strukturdaten des Kreises genau zu analysieren. Wenn sich hier eine Förderkulisse auftut, dann wohl am ehesten in Grevenbroich, das zum Opfer eines zu spät erkannten Strukturbruchs wird. Die GRÜNEN haben beantragt, mindestens 50 TDM (wir können uns auch mehr vorstellen) in dieser Notsituation bereitzustellen, um, wenn die Stadt es wünscht, an zukunftsfähigen Konzepten mitzuhelfen.

Hier könnte endlich auch die Klaviatur eines Instrumentariums virtuos gespielt werden, das im Kreis Neuss bisher über einige Grundakkorde nicht hinauskommt: die zielgerichtete Arbeitsmarktförderung.

Nicht nur Grevenbroich, der gesamte ländliche Raum braucht unsere Solidarität und Hilfe.

Hier wächst dem Kreis Neuss in Zeiten der bisher umfassendsten Lebensmittel-Krise der neueren Zeit eine besondere Aufgabe zu. Unser Antrag liegt dem Kreistag vor. (Aus Zeitgründen werden wir dazu in Punkt 20 der Tagesordnung Stellung nehmen.)

Vorab schon eines: Herr Vorsitzender der Kreisbauernschaft !

Auch wenn es sicherlich gut überkommt, Ihre Aussage "Bauern sind in erster Linie Opfer und nicht Täter" bedarf der Interpretation. Es sind eben auch Täter darunter, wenn auch wesentlich mehr in Bayern als im Kreis Neuss. Irgendwer muss ja das Tiermehl verfüttern und die Rinder zum Kannibalismus gezwungen haben.

Herr Landrat!

Es ist wohlfeil, von der Bundes- und Landesregierung "schnelles Handeln und wirkungsvolle Maßnahmen zur Bekämpfung der BSE-Krise" zu verlangen, wohl wissend, dass Sie da vom Inline-Skater zum Trittbrettfahrer mutiert sind.

Die beiden grünen Ministerinnen haben in ihrer Amtszeit schon mehr bewegt als ganze Generationen von CDU-Landwirtschaftsministern zusammen. Erstmals werden in der Politik Verbraucher, Lebensmittel und Landwirte als Einheit gedacht: die Agrarwende wird sorgfältig und mit Nachdruck vorbereitet.

Dies sollte Gelegenheit sein, auch im Kreis Neuss zu einer einvernehmlichen Politik zu kommen, so wie der Kreistag in wichtigen Einzelfragen immer eine gemeinsame Sprache gefunden hat.

Für den Kreishaushalt 2001 ist dies nicht möglich.

Er atmet dort, wo Alternativen möglich sind, noch den Geist des "weiter so".

Deshalb bleibt der Fraktion von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN nichts übrig, als diesen Haushalt insgesamt abzulehnen.

Weitere Gründe als die hier vorgetragenen entnehmen Sie bitte unseren Debattenbeiträgen.

**Seite 7 zur Haushaltsrede des Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90 / DIE GRÜNEN im Kreistag Neuss, Erhard Demmer, vom 14. März 2001**

Heute beschließt der Kreistag über die Finanzierung der beschlossenen Maßnahmen, heute aber beginnt hoffentlich auch wieder die Debatte über Zukunftsfragen dieses Kreises, über Ziele und wirkliche Visionen (und nicht nur über Worthülsen), eines Kreises,

- der mitten drin in der Region Köln, Düsseldorf, Niederrhein sich dort noch finden muss,
- eines Kreises, der nur stark ist, wenn er mit den Kommunen einen möglichst breiten gemeinsamen Nenner herstellt, ohne deren Begehrlichkeiten unkritisch nachzugeben, und
- eines Kreises, der mit der Groß-Region nah dran ist an Europa, dessen Bedeutung für unsere Zukunft Joschka Fischer – in einem umfassende Sinn visionär – am Wochenende in Stuttgart dargelegt hat.

Das sind die Felder des Kreistages, die zu bearbeiten sind, nicht in spektakulären Inszenierungen und Events, sondern beharrlich und fortschreitend, nachhaltig eben.

Ich danke meiner Fraktion für die vielen Anregungen für diese Rede und Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.